



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Stockung in den Fortschritten des allgemeinen Stimmrechts

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Stockung in den Fortschritten des allgemeinen Stimmrechts



asch wechselt heutzutage die Szenerie in der innern Politik der meisten Mächte, rascher als sonst. Vor allen Dingen gilt das von den beiden großen Ostmächten, die die Demokratisierung der Staatsformen teils gar nicht, teils viel schärfer mitgemacht hatten als Westeuropa: von Rußland und Österreich-Ungarn.

England ist seit zweihundertachtzehn Jahren von jeder Revolution verschont geblieben. Es verdankt das zum Teil dem gesunden politischen Sinne seiner Bevölkerung, die sich auf Fortschritte und friedliche Reformen verläßt, zum Teil auch den regierenden Klassen, die selber die Initiative dazu ergreifen und deshalb ohne allzugroße Schwierigkeit die Führung der Massen behalten. Glückliches Land, das noch kaum eine sozialdemokratische Partei kennt, obwohl es das vorgeschrittenste Industrieland der Welt ist! Das Königtum war unter den fünf regierenden Männern aus dem Hause Hannover seiner Macht und Volkstümmlichkeit verlustig geworden. Der sechste Kronenträger, eine vortreffliche Frau, gewann die Popularität in ungewöhnlichem Umfange zurück, doch griff sie nur selten bestimmend in das Schicksal der Nation ein. Unverkennbar ist allmählich der Glanz der Krone wieder gestiegen. König Eduard der Siebente zieht großen Vorteil daraus. Er hütet sich vor Eingriffen in die innere Politik, denn hier bringt sich der unüberwindliche Volkswille stark zum Ausdruck. In der auswärtigen Politik ist er dagegen der leitende Geist — es sei denn, daß er direkt gegen den Wunsch und den Willen des Unterhauses steuern wollte, dann würde sich augenblicklich zeigen, daß die höchste Gewalt nicht in seinen Händen liegt, sondern in denen der vom Volke gewählten Parlamentsinstanz. So klar es auch ist, daß das heutige Königtum wieder mehr Macht hat als seit langer Zeit, so sind die Gegner doch deutlich erkennbar, und schwerlich stehn dem König Erfolge in Aussicht, wenn er weiter greifen will.

Seit der Entstehung der jetzigen französischen Republik hat man immer das Gespenst einer Wiederherstellung der Monarchie zu sehen geglaubt. Längst ist die mitternächtliche Stunde vorüber, in der es hätte erscheinen können.

Das Haus Bourbon ist mit einem erbarmungswürdigen geistigen Defizit ausgestorben. Das Haus Orleans hat einige ans operettenhafte erinnernde Anläufe gemacht, sich der Nation wieder als das eigentliche Ziel seiner politischen Hoffnungen zu empfehlen. Vergeblich, denn es hat nicht eine Persönlichkeit von solcher überragenden Bedeutung, wie sie zur Neubegründung eines Thrones notwendig wäre. Und von den Bonapartes gilt das noch mehr. Prinz Lulu Napoleon stellte noch den Faden einer Tradition dar, der bis zu dem demokratischen Cäsar und großen Feldherrn hinaufreichte: die Affegais der Zulu-kaffern haben ihn durchgeschnitten. Ein neuer Mann? Nun, ein neuer Mann würde vom Augenblick des Gelingens an alle gegen sich gehabt haben. Es wäre das zweite Kaiserreich unter bedeutend erschwerten Umständen gewesen. So wenig bestritten werden soll, daß ein großer Genius doch einmal das Schicksal Frankreichs in seinen Bann zwingen kann, so wenig reicht die einfache Alltagsanalogie aus, eine neue Diktatur plausibel erscheinen zu lassen. Wer an Boulanger geglaubt hat, hat erkennen müssen, daß er einen Janfaron, einen Harlekin für einen Diktator gehalten hat. Die Republik hat an Festigkeit immer mehr gewonnen. Sie ist der Ausdruck des französischen Geistes. Dabei sorgt sie mit weit umfassendem Blick für ihre Sicherheit. In der Armee hatten sich die monarchistischen Klerikalen und die altaristokratischen Kreise eine Art fester Burg angelegt, von der aus sie im historischen Augenblick vorbrechen wollten, um Frankreich „von der Republik zu befreien“. Die sich in den Händen des Blocs der Linken befindende Republik hat fest zugegriffen und die militärische Kamarilla ausgemerzt. Die vollständige Durchtränkung der Armee mit demokratischem Geist ist nur eine Frage der Zeit. Auch die Kirche ist um ihre politische Macht gebracht worden. Die französische Nation hat die Hoffnungen derer enttäuscht, die ein Aufflammen des alten katholischen Geistes erwartet haben. Sie hat die Aufhebung der Orden, die Trennung der Kirche vom Staat nicht nur ertragen, sondern durch die Kammerwahl vom 6. Mai mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen. Die radikale Linke herrscht unumschränkt. Sie ist sogar von der Notwendigkeit, die Sozialdemokratie heranzuziehen, um eine Mehrheit zu bilden, befreit worden. Deshalb braucht sie nicht mehr das Odium gehässiger Maßregeln auf sich zu nehmen, die sie nicht treffen würde, wenn die Sozialdemokratie sie nicht erzwingen könnte. Ein reaktionärer Anstoß ist von Frankreich in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Das wird immerhin die Gesinnung Italiens beeinflussen, denn dieses hatte vor einem klerikalen Frankreich eine begreifliche Furcht; vor diesem suchte es Hilfe bei Deutschland, die es jetzt offenbar weit niedriger einschätzt, zumal da die englisch-französische Entente die Mittelmeerpolitik maßgebend beeinflusst.

In Rußlands Schicksal sind Reaktion, Korruption, Nihilismus und äußere Niederlage so eng miteinander verkettet, daß keins herausgelöst werden kann. Der zarische Autokratismus hat von jeher gefühlt, daß er keine eigentliche innere Verbindung mit der Volksseele gehabt hat. Bei den zahlreichen Palastrevolutionen, die seit Peter dem Ersten angezettelt, und unter denen viele mit Erfolg durchgeführt worden sind, hat er niemals an sein Volk appellieren

können. Ob Peter die Streligen hinrichten ließ, ob Katharina und ihre Helfershelfer den unglücklichen Peter den Dritten zu Tode peitschen ließen, ob Paul der Erste unter den Mordstreichern von Beamten und Offizieren sein Leben aushauchte: das russische Volk hat sich jedesmal die ans Ruder gelangende Regierung gefallen lassen. Katharina die Zweite bot gegen den Betrüger Pugatschew Truppen auf, dem Volke war das Auftreten dieses Prätendenten gleichgültig, wenn nicht sympathisch. Als der Dekabristenaufstand ausbrach, blieb die Stadt Petersburg — weiter reichten seine Flammen nicht — unberührt. Der Kampf wurde ausgefochten zwischen den Regimentern, die den Verschwornen folgten, und denen, die dem jungen Kaiser Nikolaus dem Ersten treu blieben. Später fanden die Verschwörungen ihre Stätte nicht mehr in der Armee, sondern in den Kreisen der armen „Intelligenz“. Dabei allein kam etwas echte Anhänglichkeit für den Zaren zum Vorschein, indem die Handwerker und die Fabrikarbeiter meist gegen die Studenten Partei nahmen. Längst ist das vorüber. Auch die Bauern haben sich nicht der Reaktion zur Verfügung gestellt. Sie folgen denen, die ihnen mehr Land und weniger Steuern versprechen. Kein Zar hat jemals sagen können, daß er sein Haupt jedem Untertan in den Schoß legen könne. Alle haben sie ihre Sicherheit nur in der Polizei, in wohlgefüllten Kasernen, in Kosakenkompagnien sehen können.

Dieser Mangel an Beziehung zum eigentlichen Volke verführte sie, jede konstitutionelle Einrichtung zu meiden. Keine Volksvertretung, keine freie Presse, keine Redefreiheit gab die Möglichkeit, das Beamtentum zu kontrollieren. Dadurch riß in den Reihen der hohen wie der niedern Bureaucratie eine heillose Mißwirtschaft und Korruption ein. Über den verhängnisvollen Zusammenhang dieses Umstandes mit den Niederlagen des Heeres und der Flotte braucht kein Wort verloren zu werden. Ebenso klar liegt es auf der Hand, daß dieser arge Übelstand das zarische Regiment immer verhaßter gemacht hat. Die Korruption ist die Ursache des Nihilismus gewesen, der so viele Opfer gefordert hat. Und je mehr der Nihilismus, je mehr auch die nicht verbrecherischen Formen des demokratischen Gedankens ins Volk drangen, desto mehr fürchteten sich Zarismus und Beamtentum vor Volksvertretung, vor Freiheit in Schrift und Rede.

Die revolutionäre Bewegung mußte deshalb mit innerer Notwendigkeit zum Ausbruch kommen. Vom Oktober 1905 bis zum Januar 1906 nahm sie höchst bedrohliche Formen an. Der allgemeine Ausstand schien zweimal das alte Regime in seinen Grundfesten zu erschüttern. Aber eben das rettete es noch einmal vor seinen Feinden. Denn die sozialdemokratische Partei, die auf den Rutschbock der Bewegung sprang, brachte das Gefährt bald in ein solches Poltern über Stock und Stein, daß sich alle besonnenen Elemente mit Abscheu abwandten. Die Regierung konnte wieder nach den Zügeln greifen; sie brachte sie in ihre Hand, und damit war der Wendepunkt gekommen.

Vorher hatte es mehr als einmal geschienen, als müsse Rußland unter den anspornenden Geißelhieben der Revolution den waghalsigen Kopfsprung

vom absoluten Regiment zum allgemeinen Stimmrecht machen. Das ist ihm erspart geblieben. Vielmehr konnte nach dem ersten Wiedererstarken der Reaktion ein enges und teilweise lächerliches Wahlrecht gegeben werden. Es wurden nicht nur ständische Abgrenzungen hergestellt, das wäre für den Anfang wohl immer eine ganz vernünftige Sache gewesen. Großgrundbesitzer, Bürger, Bauern und Arbeiter wurden in besondere Klassen getan. Es wurden auch Vorkehrungen gegen oppositionelle Wahlen getroffen, wie die Reaktion sie nur ersinnen kann. Zum Beispiel durfte der Bauer nur Bauern wählen und nur solche aus seinem Wahlbezirk. Da nun viele der letzten kaum nennenswerte politische Intelligenzen enthalten, so mußte es scheinen, als sei oppositionellen Bauernwahlen vorgebeugt. Noch schlimmer erging es den Arbeitern. Fabrikarbeiter durften nur Fabrikarbeiter wählen. Was war aber das Kennzeichen eines solchen? Daß er dauernd Arbeit hatte bei einer Fabrik von mindestens fünfzig Arbeitern. Daß damit den in kleinern Betrieben angestellten Arbeitern das Wahlrecht entzogen wurde, wollen wir gar nicht einmal als eine wichtige Sache ansehen. Aber die Klausel von der dauernden Anstellung stellte es in das Belieben eines jeden Arbeitgebers, den etwa unter seinen Arbeitern tätigen Kandidaten kurz vor der Wahl zu entlassen, falls er ihm mißliebiger war. Er konnte auch einem Winke der Polizei folgen müssen. Sobald der Kandidat seine bisherige Arbeitsstelle kurz vor der Wahl verlor, büßte er auch sein Wahlrecht ein.

Die Regierung hatte damit jeden Schimmer eines allgemeinen Wahlrechts ausgetilgt. Dennoch hat sie ihre Absicht, eine gefügige „Volksvertretung“ zu gewinnen, nicht erreicht. Wie sich die bäuerlichen Abgeordneten stellen werden, weiß man noch nicht. Von jener mythischen Ergebntheit für den Zaren, von der man so oft hat hören müssen, soll keine Spur vorhanden sein. Alle andern Wahlen haben fast nur konstitutionelle Demokraten (Kadetten) ergeben, d. h. Oppositionelle, die weder Umstürzler, Sozialdemokraten noch Nihilisten sein wollen.

Welche Erfahrungen dem russischen Reiche damit beschieden sein könnten, kann hier nicht einmal vermutet werden. Für den Augenblick ist wieder eine merkbare Zunahme der terroristischen Tätigkeit zu verzeichnen. Greifbar hat man sie vor sich in dem beinahe zum Ziel gekommenen Attentat auf den Moskauer Generalgouverneur Dubassow, Anfang Mai, und in der Ermordung des Warschauer Polizeihauptmanns Konstantinow am 14. Mai. Gleichwohl hat der Zar die Duma am 10. Mai selbst eröffnet, und dank den außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen ist nichts passiert. Diese letzten, der Belagerungszustand in Petersburg und vielen Provinzialstädten zeigen, daß sich das allgemeine Stimmrecht den heutigen russischen Verhältnissen nicht anpassen läßt. Inzwischen haben die Verhandlungen der Duma über die Adresse an den Zaren, sodann die Antwort des Ministeriums Goremykin auf diese und endlich die darauf erfolgten Reden in der Duma gezeigt, daß die Formen für ein Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung noch durchaus nicht gefunden sind. Sogar der einzige konservative Mann in der Duma, Graf Heyden, verlangt die Entlassung des Ministeriums. Im übrigen

lautet der stärkste Ruf: Aufteilung des Landes unter die Bauern und vollständige Amnestie, allgemeines Stimmrecht!

Die preußischen Sozialdemokraten glaubten einen hohen Trumpf in der Hand zu haben, indem sie unter Hinweis auf die rasche Wahlrechtsentwicklung in Rußland gegen das preußische Dreiklassenwahlsystem demonstrierten. Hier soll dieses in keiner Weise in Schutz genommen werden. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß sich Rußland gewaltig geschadet hat, indem es solange bei dem Absolutismus verharret hat. Die furchtbaren Stöße, unter denen es jetzt leidet, sind wesentlich mit auf diese Quelle zurückzuführen. Aber daß sich die preußische Regierung durch Versammlungen und Reden nicht schrecken ließ, die die russische Revolution, und zwar gerade den Generalfreistreich und die scheußlichen Ausschreitungen in den Ostseeprovinzen, verherrlichen, kann man leicht begreifen.

Ebenso plötzlich wie für Rußland schien die Ära des allgemeinen Stimmrechts für Österreich-Ungarn anbrechen zu wollen. Auch dort hatte man schnell die Logik bei der Hand: „Kann das altzivilisierte Donaureich diese immer allgemeiner werdende Form der Beeinflussung des Regiments durch die Regierten nicht ertragen, für die doch Rußland reif genug ist? Stehn wir denn noch hinter den Russen?“ Auch in Österreich machte man Wien, den Generalfreistreich zur Erzwingung des allgemeinen Wahlrechts durchzuführen. Einige Anstrengungen wurden gemacht, namentlich von Eisenbahnern. Aber die Regierung selber kam den Forderungen ganz und gar entgegen. Die Ursache lag in Ungarn. Dort hat die Unabhängigkeitspartei allmählich immer mehr Boden gefunden. Sie hat die Forderung der Abschaffung der deutschen Kommandosprache für die in Ungarn liegenden Linientruppen, die Ablösung Ungarns vom gemeinsamen Zollgebiet und einige ähnliche Forderungen aufgestellt und damit immer mehr das Herz der Nation erobert. Ihr Ziel war die Beschränkung der Zusammengehörigkeit mit Österreich auf die Personalunion. Da nun die ungarische Verfassung die ganze Macht über den Staat in das Parlament legt, und dieses vollständig in den Händen der magyarischen Adelsoligarchie ist, so wäre die Personalunion gleichbedeutend mit einer magyarischen Adelsrepublik. So sehr sich nun auch Kaiser Franz Joseph in der Gestaltung seiner Regierung nach der Reichstagsmehrheit gerichtet hat, so war hier doch seine Geduld erschöpft. Alle erdenklichen Zugeständnisse ließ er den koalitierten Parteien anbieten, jedoch auf jene Forderungen wollte er sich auf keinen Fall einlassen.

Er ging so weit, zweimal sein Ministerium Fejervary mit dem allgemeinen Stimmrecht drohen zu lassen. Dieses setzte die magyarische Mehrheit in Verwirrung; ein Teil war dafür, es anzunehmen, ein Teil wollte nichts von ihm wissen. Das Proletariat griff die Sache begreiflicherweise mit dem größten Eifer auf und demonstrierte gegen den Adel. Trotzdem schlug der Versuch das erstemal fehl. Die koalitierten Parteien blieben unbeugsam. Erst als das zweitemal gedroht wurde, und nun an der Ausführung nicht länger zu zweifeln war, war auch die Parlamentsmehrheit zur Nachgiebigkeit bereit. Jedoch nicht zur Unterwerfung. Im Gegenteil, die Führer der Opposition, die Kossuth, Polonyi, Apponyi, Zichy usw., wurden mit der Bildung eines Ministeriums

betrault. Nur vorläufig wurden die erwähnten Fundamentalfragen fallen gelassen, nicht ausdrücklich. Die neuen Minister und ihre Parlamentsmehrheit sanktionieren nicht etwa die deutsche Kommandosprache und das gemeinsame Zollgebiet. Sie verzichten nur bis auf weiteres darauf, die Forderung der Abschaffung geltend zu machen. Es steht ihnen frei, bei einer geeigneten Gelegenheit darauf zurückzukommen. Und dazu ist ihre Macht inzwischen noch sehr gewachsen. Denn allgemeine Reichstagswahlen am 6. Mai haben Kossuth eine große absolute Mehrheit geliefert. Er ist der Herr des Parlaments, nicht einmal seine Kollegen und die andern Fraktionen, auf die er bisher angewiesen war, sind imstande, seine Politik von ihrer Zustimmung abhängig zu machen.

Was aber wird aus dem allgemeinen Stimmrecht? Die Ausführung dieses großen Projekts ist dem neuen Ministerium und der neuen Mehrheit anvertraut. Kossuth war zu sehr an sein demokratisches Programm gebunden, als daß er sich wie Andrássy dagegen hätte erklären können. Aber daß er und seine Parteigenossen eine solche Wandlung gern hätten sehen können, ist kaum denkbar. Sie sind der regierende Ausschuß des magyarischen Adels, in dem gegenwärtigen stark eingeschränkten Wahlrecht wurzelt ihre Macht. Von vornherein ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß sich ein Geburtsadel für das allgemeine Stimmrecht engagieren könnte. Noch gehn seine Mitglieder sogar aus den hauptstädtischen Wahlen hervor. Sobald aber die Massen des Proletariats an den Urnen gleichberechtigt sind, ist der Sieg vieler sozialdemokratischer Kandidaten sicher. Und wie weit sich diese Partei über das ländliche Arbeitertum ausbreiten würde, kann man nur ahnen. Jedenfalls wäre die Annahme des allgemeinen Wahlrechts für die Aristokratie ein Sprung ins Dunkle. Nun ist das seltsame Auskunftsmittel getroffen worden, daß eben sie, eben die in Kossuths Namen gipfelnde Unabhängigkeitspartei die große Wandlung durchführen soll. Ihren Händen ist sie anvertraut. Was mag daraus werden?

Die Wechselwirkung mit Österreich ist höchst auffallend. Als Fejervary dem Monarchen zuerst die Einführung des allgemeinen Stimmrechts vorschlug, wirkte es natürlich stark anfeuernd auf die zisleithanischen Parteien, die dasselbe Streben hatten, wenn auch aus ganz andern Gründen. Das Ministerium Gautsch aber sah mit Schrecken auf die Folgen. Er sah die Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland, und es mochte ihm grauen davor, daß Österreich zu dem Elend des Nationalitätenhaders auch noch die Entstehung einer hitzig agitierenden sozialdemokratischen Parlamentspartei von einer ganz andern Machtstellung als bisher zu ertragen haben sollte. Ohne Widerspruch wurde erzählt, daß sich Gautsch beim Kaiser bemüht habe, die Fejervary zum erstenmal erteilte Ermächtigung zurückzuziehn. Als aber Fejervary zum zweitenmal den Auftrag erhielt, das allgemeine Stimmrecht für Ungarn einzuführen, konnte es füglich der diesseitigen Reichshälfte nicht vorenthalten werden. „In Ungarn ergreift es der Monarch als Rettungsanker, und in Österreich soll es verderblich, umstürzlerisch sein.“ So riefen die Anhänger der Neuerung, und ihre Logik war unwiderstehlich. Das Ministerium entschloß sich also, dafür einzutreten, und wurde selber damit betraut.

Mit unbestrittener und unbestreitbarer Loyalität hat es sich dieser Aufgabe gewidmet und hat denn auch erreicht, daß die Wahlrechtsunruhen sofort aufhörten. Die Deutschen befürchteten anfangs, daß sie durch die Änderung eine starke Einbuße an Mandaten erleiden würden. Wenn sie auch überall mit einem blauen Auge davon kommen würden, in Mähren würden sie fast ausgemerzt werden, weil dort die deutsche Minderheit nicht geschlossen wohnt, sondern über das ganze Land verteilt ist. Da erfand man ein System geschlossener nationaler Wahlkörper für Mähren, worauf die Deutschen ihre Zustimmung gaben. Auch die Tschechen taten es, wenn auch ebenfalls nicht ohne Proteste. Da kam die Klippe, an der die ganze Sache scheitern sollte, in Galizien zum Vorschein. Galizien ist nur zu  $54\frac{3}{4}$  vom Hundert polnisch, zu  $42\frac{1}{4}$  vom Hundert ruthenisch. Die Ruthenen sind nicht nur sprachlich und national, sondern auch kirchlich und sozial von den Polen getrennt. Sie sind das unterworfenste Volk. Die Herrschaft liegt gänzlich in den Händen des katholischen polnischen Kleinadels. Er hat fast alle Mandate Galiziens. Das konnte natürlich beim allgemeinen Stimmrecht nicht bleiben. Wenn nun auch die Regierung Galizien den wohlverdienten Zuwachs an Mandaten im allgemeinen gewähren wollte, so konnte sie doch damit die Forderungen der Polen nicht erfüllen. Diese lehnten die Wahlrechtsreform ab. Da sie an den Ultramontanen und den Hochkonservativen in den Alpenländern so viel Beistand hatten, daß die Reform keine Zweidrittelmehrheit finden konnte, zog der Ministerpräsident den unausbleiblichen Schluß daraus, seinen Abschied zu nehmen. Man sagt, daß die Polen gute Fühlung mit dem Hofe gehabt hätten, dem im Grunde die Ablehnung gar nicht unlieb sein könne. Goluchowski, ihr Landsmann und Gefinnungsgenosse, ist notorisch der ausgemachteste Vertrauensmann des Kaisers. Daran hat sich eine ganze Reihe aufregender Ereignisse geknüpft. Der Kaiser nahm den Rücktritt des Freiherrn von Gautsch an und ernannte den Prinzen Hohenlohe, den Statthalter von Triest, zum Ministerpräsidenten. Der neue Mann kam mit den Polen zur Verständigung, nun aber bäumten sich wieder die Tschechen auf. Ehe dies zum Austrag gebracht werden konnte, entstand ein heftiger Konflikt zwischen den beiden Reichshälften. Ungarn verlangte plötzlich, daß der neue Zolltarif, den es sachlich annehmen wollte, seinem Reichstag nicht als zu genehmigende Vereinbarung mit Österreich, sondern als eignes ungarisches Gesetz eingebracht werde. Das war die handgreiflichste Vorbereitung des selbständigen ungarischen Zollgebiets und Zolltarifs. Der Kaiser willigte ein und erzeugte damit die größte Erbitterung in Österreich. Das kaum gebildete Ministerium Hohenlohe nahm seinen Abschied. Einmütig steht der österreichische Reichsrat hinter ihm — gewiß ein feltner Fall. Damit ist in Bisleithanien das allgemeine Stimmrecht ebenso ins Stocken gekommen wie in Ungarn.

Also in Rußland, in Ungarn, in Österreich zugleich! Wird das Rückwirkungen auf Deutschland haben? Die Reform des preußischen Landtagswahlrechts, wie sie in diesem Winter angeboten worden ist, ist so knapp bemessen worden, daß schwerlich anzunehmen ist, die Regierung und die sie unterstützenden konservativen Parteien lassen sich wesentlich weiter treiben. Ob es

richtig ist, sich so ablehnend zu verhalten, soll in dieser rein objektiven Skizze nicht weiter untersucht werden. Baden und Bayern haben sich entgegengesetzt verhalten, sie schreiten kräftig auf der Bahn zum allgemeinen Stimmrecht vor. Auch Württemberg ist mit seiner Verfassungsreform beschäftigt, die jedenfalls das Stimmrecht erweitert und die erste Kammer umgestaltet. Sachsen hat Reformen in Aussicht gestellt, will jedoch von Vorkehrungen nicht lassen, die die Macht der Sozialdemokratie in Schranken halten. Sogar die Regierung eines so kleinen Staates wie Oldenburg hat sich für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts ausgesprochen. Sie rechnet wahrscheinlich darauf, daß Oldenburg überwiegend ein Bauernland ist, daß die Industrie schwerlich jemals eine überragende Bedeutung erlangen wird. Jetzt ist das ganz adelöse Ländchen parlamentarisch in der Hand der Großbauern. Darin würde immerhin beim allgemeinen Stimmrecht eine tiefgreifende Änderung eintreten. Überhaupt muß man bekennen, daß niemand mit einiger Sicherheit sagen kann, wohin man in zwei oder drei Jahrzehnten gelangt sein wird. Entgegengesetzte Bahnen haben die Hansestädte Hamburg und Lübeck eingeschlagen. Beide Städte hatten kein allgemeines Stimmrecht, aber sie fürchteten, daß das bestehende Wahlrecht leicht der Sozialdemokratie eine Macht geben könne, daß sie Verfassungsänderungen zu hindern vermöge, und daß gar mit einer bürgerlichen Linken, die vielleicht auf sozialdemokratische Stichwahlstimmen angewiesen sei, auch im übrigen die Gesetzgebung und die Verwaltung zu stark beeinflusst werden könnten. Sie haben deshalb das Wahlrecht stark eingeengt. Damit haben sie im Gegensatz zu dem freisinnigen Programm gehandelt, das unter vorwaltendem Einfluß sozialliberaler Elemente kürzlich zustande gekommen ist. Einer seiner Punkte ging dahin, daß in allen Einzelstaaten das allgemeine Stimmrecht einzuführen sei. In allen — das schließt also auch die hanseatischen Stadtstaaten ein, deren Organismus doch mehr einer Gemeinde als einem Staat gleicht. In den Einwohnerschaften wiegt das proletarische Element vor, namentlich in Hamburg, dessen Einwohnerschaft denn auch nach Ausweis der Reichstagswahlen mit einer unerschütterlichen Mehrheit der Sozialdemokratie anhängt. Kann es einem Zweifel unterliegen, wie hier das allgemeine Stimmrecht wirken würde? Führte man es ein, so hieße das einfach, die große blühende Seehandelsstadt, die erste des europäischen Kontinents, an die Sozialdemokratie auszuliefern. Es wäre doch beispiellos, wenn das hamburgische Bürgertum einer doktrinären Mahnung zuliebe das täte.

Das allgemeine Stimmrecht hat Fortschritte gemacht und wird ihrer noch mehr machen. Aber ohne Schwankungen wird es dabei nicht abgehen. Und wenn sich die Sozialdemokratie und ihre jeweiligen Bundesgenossen dabei vergaloppieren, so werden starke Rückschläge nicht ausbleiben.

